

Gutachten fordert Auflagen

Geograf Stefan Huck stellt Untersuchungsergebnisse vor / Koalition besucht Windpark

Linsengericht (küm/re). Am Montagabend hat der Gelnhäuser Geograf Dr. Stefan Huck im Gemeindevorstand das Gutachten zur Windkraftnutzung am Franzosenkopf vorgestellt. Fazit: Grundsätzlich spricht nichts gegen Windräder am höchsten Punkt des Linsengerichts. Allerdings gibt es laut Bürgermeister Albert Ungermann einige Konfliktpunkte. Huck habe aber auch Lösungsansätze aufgezeigt. Ungermann will nun während zweier Bürgerversammlungen im Mai umfassend informieren. Die Koalition aus SPD und Grünen war derweil im Windpark in Kemel, um sich über das dortige Bürgerbegehren zu informieren.

„Dr. Huck hat mit zwei seiner Mitarbeiter das Gutachten umfassend vorgestellt“, sagte Ungermann auf Anfrage der GNZ. Es fülle zwei Aktenordner. Dabei seien einige Kriterien zur Sprache gekommen, die berücksichtigt werden müssten. „Es gibt das eine oder andere kleinere Problem, grundsätzlich sind Windkraftanlagen im geprüften Gelände möglich.“ Als Beispiel habe Huck etwa Fledermäuse genannt. „Er hat auch Wege aufgezeigt, wie die heutige Technik diese Probleme relativiert.“ So würden Windkraftanlagen automatisch abgeschaltet, wenn Fledermausflug registriert werde. Dies geschehe bei Windstärken unter 6, bei stärkerem Wind fände ein Fleder-



Die Koalitionäre aus Linsengericht vor einer Windkraftanlage bei Kemel.

(Foto: re)

mausflug in diesen Höhen nicht statt. Das Gutachten enthalte einige weitere solche Punkte, sagte Ungermann, der aber auch betonte: „Wir sind gerade in einer Phase, in der es um die grundsätzliche Möglichkeit geht. Wir sind noch weit vom Bimsch-Verfahren entfernt.“ Ein solches Verfahren nach dem Bundesimmissionschutzgesetz sei wesentlich aufwändiger und berücksichtige deutlich mehr Faktoren als das jetzige avifaunistische Gutachten.

Das aktuelle Gutachten soll,

sofern alle eingeladenen Experten zusagen, am Dienstag, 7. Mai, in Großenhausen und am Mittwoch, 8. Mai, in Eiden gesäß vorgestellt werden. Neben dem Gutachter sollen etwa auch der zuständige Förster und Windkraftplaner zu Wort kommen. „Alle möglichen Fragen aus der Bevölkerung sollen fundiert beantwortet werden“, verspricht der Rathauschef. „Wir wollen eine absolut sachliche Basis schaffen.“

Einen Eindruck von existierenden Windkraftanlagen gewannen derweil Vertreter der

Fractionen von den Grünen und der SPD in Kemel im Taunus. Dabei erhielten sie Einblick in die erforderlichen Entscheidungen und Planungen vor Ort. Bereits kurz nach der Kommunalwahl stellten die neuen Mehrheitsfraktionen von SPD und Grünen die Weichen für ein Windkraftprojekt in Kemel. Zunächst wurde auf private Initiative hin ein Bürgerbegehren begonnen, das im Januar 2012 in einen Bürgerentscheid mündete. 88 Prozent der Heidenroder Bürger stimmten für das Projekt. In Kemel be-

trug die Zustimmung sogar 94 Prozent.

Die Bürger von Kemel kennen die Windkraftnutzung bereits seit zehn Jahren, da in unmittelbarer Nähe private Investoren 1992 neun Windräder installiert haben. Gerade wurden die alten Anlagen durch leistungsfähigere neue Anlagen ersetzt.

Die 3-Megawatt-Anlagen sind mit 135 Metern Nabenhöhe und 101 Metern Rotordurchmesser maximal 185 Meter hoch. Die Linsengerichter Mandatsträger stellten beim Besuch in unmittelbarer Nähe kein störendes Geräusch fest, schreibt Grünen-Pressesprecher Gunther Schilling. Lediglich ein kleineres Windrad, das noch nicht ersetzt wurde, war zu hören. Verglichen mit nahem Autolärm seien die Geräusche jedoch eher angenehm. Ein Blick auf die Standflächen einer Windkraftanlage im Wald zeigte einen sehr begrenzten Eingriff in etwa 5000 Quadratmeter, von denen die Hälfte wieder aufgeforstet werde. Auch die Zufahrtswege seien lediglich breitere, geschnittene Waldwege.

Insgesamt zeige sich die Windkraftnutzung als vertretbarer Eingriff in die Natur mit großem Nutzen. Heidenrod schließt gerade die Gründung einer Gesellschaft ab, die durch den Bau von Windkraftanlagen nicht nur klimaschonend Strom erzeugt, sondern auch den hochdefizitären Haushalt der Gemeinde entlastet.